

# LOTHAR BISKY

## Plädoyer für einen libertären Sozialismus

*Prof. Lothar Bisky hat für die Reihe controvers, herausgegeben von der Grundsatzkommission der PDS, eine Broschüre zum Thema Freiheit statt Sozialismus geschrieben. Sie setzt sich mit den Gemeinsamkeiten und Gegensätzen der beiden großen politischen und sozialen Bewegungen, des Liberalismus und Sozialismus, in den vergangenen 150 Jahren und mit der Notwendigkeit auseinander, diese beiden durchaus widersprüchlichen Ideen auf neuer Grundlage zusammenzubringen. Der Autor hat UTOPIE kreativ vorab den vierten und letzten Teil seines Manuskripts »Plädoyer für einen libertären Sozialismus« zur Verfügung gestellt (Im ersten Teil werden Liberalismus und Sozialismus als gemeinsame Traditionen behandelt; im zweiten die Auseinanderentwicklung beider Bewegungen im 20. Jahrhundert; im dritten unter der Überschrift »Ende des Liberalismus?« die neuen Herausforderungen an gesellschaftliche Entwicklung nach dem Kollaps des Staatssozialismus.).*

Lothar Bisky - Jg. 1941,  
Kulturwissenschaftler, Prof.  
Dr., Vorsitzender der PDS.

Nach dem Scheitern des DDR-Sozialismus sind gesellschaftliche Alternativen nicht überflüssig geworden, sie sind geradezu überlebensnotwendig. Für die sozialistische Linke ist das in besonderem Maße die Frage danach, ob trotz dieses Kollaps Sozialismus eine tragfähige Idee dafür bleibt. Ich selbst beantworte diese Frage positiv, denn Sozialismus war geschichtlich viel mehr als der undemokratische Versuch eines Staatssozialismus in Osteuropa (ich verwende diesen Begriff, um auf die zentrale Rolle der Verstaatlichung und die geringe der Vergesellschaftung von Eigentum und Macht hinzuweisen). Marx und Engels, Weitling, Saint-Simon, Owen, Bakunin, Bebel, Rosa Luxemburg, Gramsci und viele andere standen für emanzipatorisch geprägte Vorstellungen. Mein Festhalten an Begriff und Idee des Sozialismus hat aber auch einen höchst aktuellen Bezug. Die Erhaltung der Natur, der Existenzgrundlagen künftiger Generationen, Frieden, Zurückdrängung von Massenarbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung, die Überwindung der entsetzlichen Not im Süden der Erde und die Durchsetzung einer solidarischen Weltwirtschaft - das sind Aufgaben, die bei Dominanz der Kapitalverwertung, der privaten Aneignung des gesellschaftlichen Mehrprodukts nicht lösbar sind. Und umgekehrt: Diese Ziele zu realisieren - wovon das zivilisatorische Überleben abhängt - kann nur mit realer Hegemonie gesellschaftlicher Kräfte gelingen, deren Kampf auf die Lösung gesellschaftlicher und menschheitlicher Probleme gerichtet ist.

Ich nenne eine solche Entwicklung, eine solche Bewegung sozialistisch. Dominanz, Vorherrschaft bedeutet dabei natürlich nicht Alleinherrschaft einer Partei, einer Klasse oder eines Prinzips, und das ist gut so.

Marx war ein leidenschaftlicher Kritiker der kapitalistischen Gesellschaft. Das hielt ihn jedoch nicht davon ab, ihren zivilisatorischen Fortschritt und ihre Errungenschaften anzuerkennen. Für ihn und Engels war sie eine Gesellschaft, die sich grundlegend von den früheren Ordnungen unterschied - die erste moderne Gesellschaft. Vor allem in drei Besonderheiten gesellschaftlicher Entwicklung trat diese »Moderne« hervor:

*Erstens* war die kapitalistische Produktionsweise durch Entwicklungsoffenheit gekennzeichnet. Marx und Engels charakterisierten sie im Kommunistischen Manifest in prägnanter Weise: »Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen.«<sup>1</sup>

*Zweitens*: An die Stelle früherer persönlicher Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse traten sachliche, rechtlich regulierte wirtschaftliche und politische Herrschafts- und Machtverhältnisse, die im Manifest als »politischer Fortschritt« bezeichnet wurden: »Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt. Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose ›bare Zahlung‹.«<sup>2</sup>

*Drittens*: Die Grundwerte der französischen Revolution (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) bedeuteten zwar in der Praxis ganz und gar nicht soziale Gleichheit und solidarische Verfaßtheit der bürgerlichen Gesellschaft, waren aber durchaus auch Ausdruck eines realen Fortschritts.

Die Gesellschaften in den hochentwickelten Industriestaaten sind von diesen Momenten geprägt, in diesem Sinne »moderne Gesellschaften«. Wir haben in der PDS in den vergangenen Jahren diese Kennzeichnung sicherlich manchmal inflationär verwendet. Aber sie bewußt hinsichtlich dieser Eigenschaften zu benutzen, halte ich auch in Auseinandersetzung mit unseren Fehlern und den Defiziten der DDR-Gesellschaft für wichtig. Mit dieser Charakterisierung allerdings ist jedoch noch nichts über die sozialen, ökologischen, politischen Konsequenzen gesagt. Angesichts der Dominanz von Kapitalverwertung, Profitorientierung handelt es sich um eine Moderne mit bedrohlicher Entwicklungstendenz: Ausbeutung des Menschen und Ausplünderung der Natur, Expansion von Kapitalverwertung und Vermarktung sind offensichtlich ihr Daseinsprinzip. Das Geld ist noch weit mehr als in der Vergangenheit, zum Beispiel zu Marx' Zeiten, zum Regulator, Maßstab aller gesellschaftlichen Beziehungen geworden; es

1 Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 465.

2 Ebenda, S. 464.

dringt in alle Poren der Gesellschaft ein. Es ist der große Gleichmacher, denn Nahrungsmittel, Mieten, Gesundheit, Kunst, selbst viele zwischenmenschliche Beziehungen lassen sich in Geldwert ausdrücken. Und es ist der große Ungleichmacher: nie hat sich so viel Reichtum in so wenigen Händen konzentriert, nie waren soziale Gegensätze so groß wie jene zwischen den Oberschichten im Norden der Erde und den Verhungerten im Süden. Die kapitalistische Moderne ist zerstörerisch, und kaum jemand, der dies noch nicht sieht. Ihre schrecklichen Seiten müssen überwunden, ihre expansive Tendenz gefesselt, ihre zivilisatorischen Errungenschaften sorgfältig gehütet werden. Was wie die Quadratur des Kreises anmutet, scheint mir die einzige Chance eines Ausweges zu sein. »Weiter so« geht es praktisch nicht mehr. Die Reproduzierbarkeit von Natur und menschlicher Kultur oder, wenn man so will, von außer- und innermenschlicher Natur, gerät spürbar an ihre Grenzen. Zurück zum Staatssozialismus à la DDR oder Sowjetunion geht es auch nicht. Er fiel im Wettstreit der Systeme vor allem in den siebziger und achtziger Jahren auf den meisten Gebieten immer weiter zurück und war im übrigen auf einigen der wichtigsten viel zu wenig alternativ (Emanzipation als Selbstverwaltung und Selbstbefreiung, Ökologie, Überwindung der Wachstumsideologie zum Beispiel).

Beim Bedenken von Alternativen ist schließlich auch eine neue Erscheinung moderner Gesellschaftsentwicklung zu beachten (sie hat aber in die Ursprünge bürgerlicher Gesellschaftsentwicklung zurückreichende Wurzeln): Die heutigen entwickelten Gesellschaften sind hochdifferenziert. Sie haben komplizierte soziale, politische, ökonomische und kulturelle Strukturen. Recht, Parlamente, Kommunen, Medien und Öffentlichkeit, Parteien, Kultur und Ideologie und vielfältige Institutionen spielen trotz der Dominanz von Kapital, Kapitalverwertung, Markt und Staat eine große und teilweise autonome (nicht unabhängige) Rolle. Diese politische, soziale und institutionelle Ausdifferenzierung nimmt weiter zu und teilweise sogar eine neue Qualität an.

Die Gesellschaft befindet sich in einem Umbruch, der auch ihre Sozialstrukturen, Klassen und Schichten umwälzt. Ich will - meinem Thema geschuldet - nur ein weiteres Problem benennen: Offensichtlich prägt sich die soziale Widersprüchlichkeit der Gesellschaft noch weiter aus, werden Interessenlagen noch unterschiedlicher, spezifischer auch innerhalb gleicher Klassen und Schichten. Es zeigen sich eine enorme Heterogenität der sozialen Gruppen, soziale Zersplitterung und widerspruchsvolle Individualisierungstendenzen, zu denen auch zunehmender Egoismus und Abschwächung solidarischer, sozialer Wertvorstellungen gehören. Die Freiheit des Individuums findet in gewissem Sinne erweiterte Möglichkeiten. Das gilt jedoch praktisch nur für die Modernisierungsgewinner und geht einher mit wachsenden Schwierigkeiten, ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit, sozialer Chancengleichheit, gesellschaftlicher Solidarität zu erreichen.<sup>3</sup> Große Teile der Bevölkerung werden dagegen durch Massenarbeitslosigkeit, neue Armut und Ausländerfeindlichkeit sozial ausgegrenzt. Die im Anfangsteil der Broschüre bereits zitierte Vision

3 Vgl. Horst Afheldt: Ausstieg aus dem Sozialstaat?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 25-26/95, Bonn, 16. Juni 1995, S. 3-12; Gerhard Bäcker: Sind die Grenzen des Sozialstaates überschritten?, in: ebenda, S. 13-25.

aus dem Kommunistischen Manifest, die freie Entwicklung der einzelnen (als Bedingung) mit der freien Entwicklung der Gesellschaft zu verbinden, scheint noch komplizierter als in der Vergangenheit. Individuum und Gesellschaft - in diesem Verhältnis liegt das komplizierte, bis heute ungelöste Problem der Vereinbarkeit von Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Die bürgerliche Gesellschaft konnte den dreifachen Anspruch der französischen Revolution - Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - nicht einlösen.

Meiner Meinung nach ist die Vision des Kommunistischen Manifests nicht nur eine knappe und das Wesen sozialistischer Gesellschaftlichkeit treffende Definition, sondern zugleich auch die vielleicht schwierigste Frage, die Sozialistinnen und Sozialisten zu beantworten haben: Ein Sozialismus ohne individuelle Freiheit, ohne Realisierung der Menschenrechte und ohne Demokratie ist zum Scheitern verurteilt und letztlich reaktionär. Ein libertärer Sozialismus, die Verbindung von Freiheit und solidarischer Kollektivität, ist meiner Meinung nach eine unabdingbare Schlußfolgerung. Doch lassen sich - und wie - freies Individuum und solidarische Gesellschaftlichkeit tatsächlich verbinden, ist das befreite Individuum überhaupt noch gemeinschaftsfähig? Mit der in der DDR gebetsmühlenartig behaupteten Übereinstimmung persönlicher und gesellschaftlicher Interessen hat man sich gerade in dieser Hinsicht in die Tasche gelogen. Ich halte es - zumindest theoretisch - für möglich, den Widerspruch zwischen individuellen Interessen und gesellschaftlichen Erfordernissen jeweils konkret und immer wieder neu zu vermitteln, aber nicht, ihn aufzulösen.

Die aktuellen sozialen Umbrüche und die derzeitige »Individualisierung« gehen jedenfalls zunächst mit einer Abschwächung sozialer und solidarischer Wertorientierungen einher. Die wissenschaftlichen Meinungen dazu sind unterschiedlich, und auch die empirischen Befunde sind nicht einheitlich. Der Mainzer Soziologe Stefan Hradil stellte jedoch folgende Gemeinsamkeiten fest: »Der gemeinsame Tenor lautet, daß Modernisierungsprozesse im Grunde sowohl Rationalisierungs- als auch Ausdifferenzierungsprozesse darstellen. Geläufige Modernisierungstheorien laufen ferner darauf hinaus, daß der einzelne in seinen subjektiven Kompetenzen, seiner Autonomie, seiner persönlichen Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit immer mehr gefördert, aber auch gefordert wird. Daraus wird nicht selten geschlossen, daß die Individuen auch tatsächlich immer eigenständiger, zweckrationaler, individueller, ich-bezogener, ja egoistischer leben und sich ihre Bindungen zu Gemeinschaften wie Familie, Gemeinde etc. immer mehr lockern.«<sup>4</sup>

Da ich mich auf das Verhältnis von Freiheit und Sozialismus konzentriere, will ich an dieser Stelle drei Überzeugungen benennen: Weder ist es möglich noch wünschenswert, Heterogenität und Widersprüchlichkeit von Gesellschaften, soziale Gruppen und modernen Wirtschaftssystemen zurückzunehmen. Die Alternative wäre letztlich ein neuer Faschismus, den auch Dahrendorf als reale Gefahr sieht.<sup>5</sup> Diese reale Widersprüchlichkeit muß die Autonomie (Freiheit) der sozialen, politischen und wirt-

4 Stefan Hradil: Die Modernisierung des Denkens. Zukunftspotentiale und »Altlasten« in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 20/95, Bonn, 12. Mai 1995, S. 6.

5 Ralf Dahrendorf: Der moderne soziale Konflikt, München 1994, S.???

schaftlichen Subjekte und der Individuen gewährleisten. Es kann nicht um eine Gesellschaft mit Monosubjekt gehen (Ein-Parteien-System, zentralistische staatliche Verwaltung, hochzentralisiertes Staatseigentum an faktisch allen Produktionsmitteln, ökonomische Regulierung als Kommandowirtschaft). Gesellschaftliche Höherentwicklung, an die ich immer noch glaube, bestand und besteht niemals nur im Bruch, und sie darf es auch nicht. Konkret bedeutet das für mich, im Streit für eine gesellschaftliche Alternative alles das aus der bürgerlichen Gesellschaft zu bewahren, was zivilisatorischer Fortschritt war und universalen Charakter für moderne Gesellschaften hat, sozialistische Perspektiven eingeschlossen.

Zunächst bedeutet das, individuelle politische Freiheiten konsequent zu schützen (z.B. gegen ihre staatliche Einengung mit dem beabsichtigten »großen Lauschangriff«) und auszubauen (z.B. Beteiligungsrechte). Aber auch parlamentarische Demokratie, Gewaltenteilung (Legislative, Exekutive, Rechtsprechung), Freiheit der Medien etc. sind nicht nur zu respektieren, sondern müssen sogar gestärkt werden, um so mehr, als nicht selten Deformierungen ihre Rolle gefährden (Fraktionszwang in den Parlamenten, Kommerz-Fernsehen, um nur zwei Probleme zu nennen). Weitergehende Schritte sind jedoch längst erforderlich und möglich.

*Erstens:* In der Bundesrepublik und in den meisten anderen Staaten erleben wir eine zunehmende Politikunfähigkeit. Politiker wie der Vizepräsident der USA, Al Gore, oder der CDU-Ministerpräsident von Sachsen beschreiben realistisch die dramatischen Zustände in der Gesellschaft, sind aber weder fähig noch bereit, daraus alternative Politik zu entwickeln. Der Präsident des Worldwatch Institute, Lester R. Brown, beschrieb diesen Zustand mit Worten des kanadischen Staatsmanns Pierre Trudeau: »Trudeau sagte vor ungefähr 15 Jahren, als er noch kanadischer Premier war: »In wachsendem Maße werden wir alle inkompetent aussehen angesichts der Probleme, die vor uns stehen.«<sup>6</sup> Mit Blick auf die Bundesregierung und ihr doppelgleisiges Agieren in Umweltfragen (als Beispiel) - problembewusste Reden auf Gipfelkonferenzen und Umweltprobleme verschärfende praktische Politik - kann ich solcher Einschätzung nur zustimmen, möchte aber ergänzen, daß das politische Versagen Ergebnis bewußter Politik ist: Man will keine wirklichen Änderungen, die Einschränkung kapitalistischer Verwertungsmöglichkeiten bedeuten würden. Folgerichtig droht auch die parlamentarische Demokratie in der BRD zu einer Verwaltung der selbstgeschaffenen Sachzwänge im Vierjahres-Wahlkampf-Rhythmus zu verkommen. Die Blockierung und Selbstblockierung von Politik muß daher von unten aufgebrochen werden. Dazu brauchen wir eine wesentliche Stärkung der Bürgerinnen- und Bürgerrechte in der Gesellschaft. Gregor Gysi hat in seinem »Ingolstädter Manifest« dafür interessante Ideen vorgeschlagen, die es wert wären, Gegenstand politischer Diskussion und politischer Kämpfe zu werden:

Eine dritte Stimme bei Wahlen »für nichtstaatliche Organisationen mit einzelnen Sachthemen wie Umweltschutz, Feminismus, Dritte-Welt-Problemen, Altersfürsorge, Drogenschutz usw.« In

6 Lester R. Brown: Wir brauchen einen Angstschub (Interview), in: Neues Deutschland, 14./15. Oktober 1995, S. 9.

Abhängigkeit von der erreichten Stimmenzahl sollten diese Organisationen Gelder für ihre Arbeit erhalten. Ziel ist es, die unmittelbaren Bürgerinnen- und Bürgerrechte zu stärken: »Anstatt über Benzin-, Alkohol- und Tabaksteuern Gelder in anonyme Fonds abzuziehen, auf die wir keinen Einfluß haben, deren Verwalter uns niemals Rechenschaft ablegen, sollten wir zunächst einmal fünf Prozent der öffentlichen Haushalte per Dritte Stimme verteilen - direkt durch uns bestimmt und uns gegenüber abrechenbar.«<sup>7</sup>

7 Gregor Gysi: Ingolstädter Manifest. Wir - mitten in Europa, Berlin 1994, S. 7.

8 Ebenda, S. 8.

Eine zweite parlamentarische Kammer sollte neben dem Bundestag der Parteien als Bundeskammer der sozialen Bewegungen und Interessenverbände gewählt werden.<sup>8</sup> Die Ausgestaltung ihrer Rechte wäre sicherlich kein einfaches Problem, darf parlamentarische Demokratie doch meiner Meinung nach nicht gefährdet werden. Aber die von Gysi vorgeschlagenen konkreten Initiativen und Vetorechte und die Abgabe einiger Haushaltsentscheidungen an diese Kammer könnten durchaus dazu beitragen, die Verengung parlamentarischer Demokratie auf Parteienherrschaft und bürokratische Tendenzen aufzubrechen.

»Das erste und letzte Wort«, so Gysi, gehöre den Bürgerinnen und Bürgern. Volksentscheide und andere Formen unmittelbarer Demokratie werden vor allem von konservativen Politikern der BRD gern mit Verweis auf ihren Mißbrauch in der Weimarer Republik für Ziele der politischen Destabilisierung abgelehnt. Damit werden jedoch Ursache und Folge ausgetauscht, die Veränderungen politischer und sozialer Wirklichkeiten in den vergangenen sieben Jahrzehnten ignoriert und in typischer deutscher Borniertheit die positiven Erfahrungen mit unmittelbarer Demokratie in der Schweiz, in Frankreich, Schweden oder Dänemark mißachtet, die allesamt stärkere demokratische Traditionen als Deutschland aufweisen. Natürlich ist auch die Ergänzung der Vertretungsdemokratie durch unmittelbare Demokratie kein Allheilmittel und verlangt eine wohlabgewogene rechtliche Ausgestaltung, eine Begleitung durch demokratische Medien und eine positive Entwicklung politischer Kultur. Auf kommunaler Ebene, in Bayern durch einen Volksentscheid im Oktober 1995 deutlich gestärkt, und in eher embryonaler Weise in anderen Bundesländern gibt es teilweise Möglichkeiten direkter Demokratie. Sie auszubauen, wesentlich zu stärken, scheint mir eine höchst dringliche Aufgabe. Ich stimme Gregor Gysi vor allem in der Auffassung zu, daß »Durchbrüche aus den politischen Sackgassen einer Parteienherrschaft ... nicht über wechselnde Mehrheit bei Wahlen zu erreichen (sind). Das Volk selbst kann in öffentlichen Diskussionsprozessen über seine einzelnen Punkte wie soziale Grundsicherung, Sicherung des Rechts auf Arbeit und Wohnung oder Abschaffung des § 218 entscheiden. Schlechter kann es dadurch nicht werden. Besser allemal.«<sup>9</sup>

9 Ebenda.

*Zweitens:* Die erforderliche Gesellschaftsveränderung kann - davon bin ich überzeugt - nicht darin bestehen und dadurch erreicht werden, daß »alle Mächte der alten Gesellschaft zerschlagen« werden, wie es bei Marx zu lesen ist (der sich im übrigen an vielen anderen Stellen gegenteilig geäußert hat). Er war ja dezidiert der Meinung, daß sich die sozialistische Gesellschaft

schon im Rahmen der kapitalistischen vorbereiten müsse. Mit der Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse durch eine Revolution sollte sie quasi freigelegt werden. Ich kann hier nicht auf die vielfältigen theoretischen und politischen Probleme einer solchen Vorstellung eingehen (z. B.: Wie alternativ und humanistisch kann eine Wirtschaftsweise sein, die sich in ihrer Struktur, Organisation, ihren Produktionsinhalten, ihrer Gebrauchswertseite, ihren Technologien, Produktionsinstrumenten im Kapitalismus entwickelt hat?), grundsätzlich meine aber auch ich, daß alternative, sozialistische Gesellschaftsentwicklung auch in Kontinuität zur bisherigen Geschichte steht. Zivilisatorische Ergebnisse bürgerlicher Entwicklung müssen aufgehoben werden (bei Hegel hieß das: aufgehoben als bewahrt, aufgehoben als emporgehoben/weiterentwickelt und aufgehoben als überwunden). Aus den Erfahrungen der DDR sind das für mich in besonderem Maße Ansprüche und Ergebnisse ursprünglicher Liberalität: Der Bürgerrechtsanspruch der französischen Revolution (der »citoyen) und die damit verbundenen Freiheitsrechte, die Gewaltenteilung innerhalb der Gesellschaft, parlamentarische Demokratie (die durch unmittelbare Demokratie ergänzt, aber in großen und hochkomplexen Gesellschaften auch nicht durch sie ersetzt werden kann), Rechtsstaatlichkeit, Freiheit der Medien, Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Auf jedem dieser Gebiete wären durchaus radikale Wandlungen erforderlich. Insbesondere ginge es um soziale Grundlagen, die aus - realen - Rechten auch reale und gleiche gesellschaftliche Möglichkeiten machten. Aber diese »Mächte, diese Institutionen abschaffen, zerschlagen zu wollen, könnte nur zurück zu autoritären, antiemanzipatorischen und undemokratischen Sozialismusvorstellungen führen.

Libertärer Sozialismus ist aber gerade in dieser Hinsicht auch ein umstrittener Begriff. Es gibt eine linke, sozialistische Richtung, die unter ihm einen antistaatlichen und antiparlamentarischen Sozialismus versteht und sich von staatlichen Institutionen befreien will (Bakunin war ein prominenter und besonders entschiedener Vertreter dieser Richtung). Angesichts der Erfahrungen mit staatlicher Macht, Parteien, Bürokratie, Gerichten usw. mag das zunächst verständlich erscheinen. Doch einfache Auswege gibt es meines Erachtens nicht. Freiheit ist ohne Recht, Regulierung (dort, wo z. B. die Freiheit anderer berührt wird), Institutionen nicht realisierbar. Wer sozialistische Ziele und die Freiheit des Individuums verbinden will, wird diesen schwierigen Weg ihrer Institutionalisierung gehen müssen. Das wird weniger Staat, mehr Gesellschaft (Zivilgesellschaft), wesentlich mehr Bürgerinnen- und Bürgerrechte bedeuten, aber nicht: keinen Staat, keine Verwaltung (Bürokratie), keine Vertretung (Parlamente), keine Herrschaft.

Es ist keine Frage von mangelnder Konsequenz und Entschiedenheit, wenn ich davon überzeugt bin, daß es eine wesentliche, aber natürlich auch überaus schwierige Chance einer erneuerten linken Bewegung ist, wegzukommen vom Schwarz-Weiß-Denken, vom Denken in zwei Polen: Entweder - Oder, wie einst in der SED, heute in der CDU und letztlich in vielen Fällen selbst in



der SPD. Der Vorwurf, die PDS habe sozialdemokratisches und grünes Denken aufgegriffen, ist in dieser Hinsicht zutreffend und zeichnet die PDS gegenüber jenen aus, die sich selbst hauptsächlich über Aus- und Abgrenzung definieren. Der sozialistische Charakter der PDS und ihr Festhalten an antikapitalistischen Zielen bieten ausreichend Gewähr, daß aus Offenheit nicht Beliebigkeit und Anpassung werden.

*Drittens:* In diesem Jahrhundert war die Entwicklung der Gesellschaft und der Wirtschaftssysteme nicht zuletzt von einer Tendenz zu wachsender Differenziertheit und Komplexität gekennzeichnet. Die rasche Internationalisierung/Globalisierung von wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und sicherheitspolitischen Reproduktionsbedingungen hat diese Entwicklung zusätzlich beeinflußt und beschleunigt. Dieser widersprüchlichen Realität der heutigen Gesellschaften, der Wirtschaft, der sozialen Klassen und Schichten muß Rechnung getragen werden können. In der Wirtschaft ist die Durchsetzung gesellschaftlicher Erfordernisse (soziale Gerechtigkeit in den Staaten und auf dem Erdball, Erhalt der Umwelt, Entmilitarisierung, humane und beherrschbare Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Kultur) dringend notwendig. Das verlangt eine gesellschaftliche Rahmenplanung für die Grundrichtungen wirtschaftlicher, sozialer und wissenschaftlich-technischer Entwicklung. Ein Planungs- und Wirtschaftssystem wie in der DDR hat sich dafür jedoch als ungeeignet erwiesen. Spätestens seit den sechziger Jahren wurde es zu einem Hindernis für effektive Wirtschaftsentwicklung (für mich umschließt »effektiv« gleichermaßen ökonomische wie humane und ökologische Kriterien). Spätestens in den achtziger Jahren versagte es dann auch als Planungsinstrument selbst. Ware-Geld-Beziehungen, Elemente einer Marktregulierung, wirtschaftliche Autonomie (bei gesellschaftlicher Definition und Verwirklichung der entscheidenden Entwicklungsrichtungen der Ökonomie) und eine Pluralität von Eigentumsformen (mit gesellschaftlicher und qualifizierter Mitbestimmung) werden Elemente eines wirtschaftlichen Wandels hin zu nachhaltiger (sozial- und naturverträglicher) Wirtschaftsentwicklung sein müssen. Nur auf Planung zu setzen, auf Formen der Selbstregulierung und des Wettbewerbs zu verzichten, würde wohl zwangsläufig zu Erstarrung, Bürokratismus, Gleichgültigkeit, Verschwendung und staatlichem Zentralismus wie in der DDR führen. Aber eine Fesselung des Marktes, insbesondere durch starke, institutionalisierte gesellschaftliche Gegenmächte ist erforderlich.<sup>10</sup> Es geht um tiefe Eingriffe in das Prinzip der Kapitalverwertung, letztlich darum, seine Vorherrschaft in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu brechen. Es geht nicht um eine Gängelung staatlicher, genossenschaftlicher, kommunaler und privater Unternehmer. Das Prinzip der Kapitalverwertung und die neoliberale/neokonservative Wirtschaftspolitik von heute sind in dieser Hinsicht sogar in zunehmendem Maße Hindernisse für schöpferisches Unternehmertum. Formen und Instrumente eines in solcher Weise sozialisierten (gesellschaftlich dominierten) Wirtschaftens hat Michael Brie einmal in knappster Form

10 Vgl. Harry Nick: Produktivkraftrevolution – Chancen und Gefahren, Reihe controvers, Berlin 1995, S. 62 f.



beschrieben, und ich möchte mich dem anschließen: »Es bedarf eines Systems, wo neben einem in seinem Kern sozialisierten Banksystem als Repräsentant der Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen ... die Arbeiter der Betriebe, die Kommunen, die Gebraucher der produzierten Güter, die Vertreter der Interessen am Erhalt der Naturressourcen und die Entwicklungsländer als verschiedene Eigentümer die gegensätzlichen Interessen austragen. An schon Erreichtes kann angeknüpft werden. Gemeinwohl existiert nur als solidarische Entwicklung aller. Und dies muß ausgekämpft werden.«<sup>11</sup> Die theoretische Begründung solcher Vorstellungen und ihre praktische Ausgestaltung sind hochaktuell. Noch wichtiger (und schwieriger) wird es jedoch sein, politische Kämpfe für ihre Durchsetzung in Gang zu bringen.

*Viertens:* Auf widerspruchsvolle Weise bildet sich eine Weltgesellschaft heraus. Wirtschaftlich und finanzpolitisch hat sich die von Marx und Engels im Manifest gekennzeichnete »kosmopolitische Produktionsweise« durchgesetzt. Auch in fast allen anderen entscheidenden Bereichen sind die menschlichen Reproduktionsbedingungen heute globalisiert. Entsprechende globale ökonomische und politische Reproduktionsinstrumente sind aber nicht entwickelt worden. Auf regionaler Ebene versucht allenfalls die Europäische Union, solchen internationalen Erfordernissen bis zu einem gewissen Grade Rechnung zu tragen, allerdings ohne soziale und ökologische Orientierung. Die UNO und fast alle ihre Spezialorganisationen sind schon gar nicht in der Lage, diese Kluft zwischen Globalisierung der menschlichen und gesellschaftlichen Existenzbedingungen einerseits und fehlenden globalen Regulierungs- und Gestaltungsmechanismen andererseits zu überwinden. Insbesondere die westlichen Großmächte verhindern eine Demokratisierung und Ausgestaltung der UNO und sind bestrebt, sie entweder endgültig zu entmachten oder allein zum Instrument der eigenen Hegemonialpolitik zu machen. Angesichts gegenwärtiger Kräfteverhältnisse ist kaum daran zu denken, daß die UNO eine Institution zur demokratischen, solidarischen und zivilen Regulierung der globalen Prozesse wird. Ähnlich sieht es in Europa aus, wo die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) durch die westlichen Metropolenstaaten zu einem Schattendasein verurteilt wurde, während NATO und Europäische Union die Hegemonie der westeuropäischen Großmächte (und der USA) nun auch gegenüber und in Osteuropa durchsetzen sollen. Machtpolitisch mögen diese Konzepte wie im Golfkrieg oder in Bosnien zeitweilig aufgehen (Friedhofsordnung als Friedensordnung). Letztlich werden auf solche Weise Probleme lokal bzw. regional, einseitig (im Interesse der Großmächte) und zeitweilig »gelöst«, die globalen, gemeinsamen (menschheitlichen) und langfristigen Probleme jedoch weiter verschärft.

Die Entfremdung des Menschen von seinen eigenen Existenzbedingungen hat eine ungeahnte Dimension angenommen. Der sächsische CDU-Ministerpräsident Kurt Biedenkopf ist das personalisierte Beispiel dafür, wie diese Entfremdung bis zu einer Art politischer Schizophrenie führt. In seinem Buch »Zeitsignale«

11 Michael Brie, in: Demokratischer Sozialismus, Materialien der Konferenz der PDS vom 8. Juli 1990 in Berlin, Berlin 1990, S. 88.

12 Kurt Biedenkopf:  
Zeitsignale, München  
1989, S. 98.

13 Ebenda: »Letztlich  
geht es um eine  
Begrenzung durch eine  
Ethik der Verantwortung  
(Hans Jonas).«

14 Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: MEW, Ergänzungsband, Erster Teil, Berlin 1977, S. 512.

15 Lester R. Brown,  
Christopher Flavin, Sandra  
Postel: Zur Rettung des  
Planeten Erde,  
Frankfurt a.M. 1992, S. 11.

schätzt er zutiefst realistisch ein, daß eine inhaltliche Begrenzung der Handlungsspielräume für die westliche Industriegesellschaft erforderlich sei. Er wirft eine oder sogar die Grundfrage moderner Liberalität und moderner Sozialität gleichermaßen auf: »Begrenzung in diesem Sinne heißt: Sie muß ihr gesellschaftliches und individuelles Handeln in einer Weise begrenzen, die enger ist als die Grenzen, welche ihr durch ihr jeweiliges, tatsächliches technisch-naturwissenschaftliches Können gezogen sind.«<sup>12</sup> Politisch und insbesondere wirtschaftspolitisch verfolgt Biedenkopf in seinem Verantwortungsbereich bekanntermaßen jedoch das genaue Gegenteil (ich erinnere nur an die Ansiedlung von Elektronikbetrieben in Dresdner Naturschutzgebieten und an die nach dem Willen der sächsischen CDU durch die Stadt zu schlagende Autobahn). Biedenkopf handelt eigenen Einsichten bewußt zuwider. Es mag eine Ironie der Geschichte sein, daß die kapitalistische Produktionsweise, deren Entwicklungsbedingungen in der politischen Praxis Biedenkopfs den Vorrang gegenüber seinen theoretischen Erkenntnissen und ethischen Maßstäben<sup>15</sup> haben, sich heute auf solche Weise auch ihre Apologeten unterwirft (was aber nicht ganz neu ist).

Diese Ironie verweist jedoch auch auf die ungeheure Dramatik des Geschehens. Was Marx in einem seiner frühen Werke (den »Ökonomisch-philosophischen Manuskripten« von 1844) zur Entfremdung des Arbeiters vom Ergebnis seiner eigenen Tätigkeit schrieb, gilt heute letzten Endes allgemein, menschheitlich und existentiell (damit meine ich wirklich die Existenz betreffend) praktisch für die gesamte menschliche und gesellschaftliche Reproduktion: »In der Bestimmung, daß der Arbeiter zum Produkt seiner Arbeit als einem fremden Gegenstand sich verhält, liegen alle Konsequenzen. Denn es ist nach dieser Voraussetzung klar: Je mehr der Arbeiter sich ausarbeitet, um so mächtiger wird die fremde gegenständliche Welt, die er sich gegenüber schafft, um so ärmer wird er selbst, seine innere Welt, um so weniger gehört ihm zu eigen.«<sup>14</sup>

Die Lösung der globalen Probleme und die Schaffung der dafür notwendigen innergesellschaftlichen und internationalen Voraussetzungen ist die eigentliche Herausforderung heutiger Gesellschaftspolitik. Sie muß Unterschiedliches und bisher sich antagonistisch Widersprechendes global miteinander verbinden: die Bewahrung der Natur, eigenständige Entwicklungsmöglichkeiten für die Länder des Südens, eine ökonomische und soziale Entwicklung (für zur Zeit fünf und bald acht Milliarden Menschen), die die Existenzgrundlagen künftiger Generationen erhält und verbessert, Fortschritt ohne schrankenloses Wachstum (insbesondere was seine stoffliche Seite betrifft) und unter Verzicht darauf, *alles* dem Menschen mögliche auch zu machen... Die Aufzählung ließe sich fortsetzen. Das »Worldwatch Institute« hat - bislang vergeblich - an die Staaten, Politikerinnen und Politiker appelliert, »über die Sicht von Umweltproblemen als isolierten Problemen hinauszusehen und anzufangen, die grundlegenden ökonomischen und sozialen Reformen anzupacken, die zur Rettung des Planeten notwendig sind. Das heißt, zur Rettung unserer selbst.«<sup>15</sup>

Meine Wertschätzung für dieses Institut und ähnlich Einrichtungen ist groß. Aufklärung ist dringend erforderlich. Veränderung aber wird nur durch reale politische und gesellschaftliche Bewegung möglich werden. Sie braucht den emanzipatorischen Impuls, den die libertären Ideen hinsichtlich der Individuen haben, und den emanzipatorischen Impuls, den die sozialistische Idee in bezug auf die Gesellschaft besitzt. Libertärer Sozialismus wäre somit die Freiheit von Gleichen. Damit mir dies nicht als Gleichmacherei ausgelegt werden kann, will ich mit einer Notiz von Bertolt Brecht aus dem finnischen Exil (7.5.41) enden: »der große Irrtum, der mich hinderte, die lehrstückchen vom BÖSEN BAAL DEM ASOZIALEN herzustellen, bestand in meiner definition des sozialismus als einer großen Ordnung. er ist hingegen viel praktischer als *große produktion* zu definieren. produktion muß natürlich im weitesten sinn genommen werden, und der kampf gilt der befeigung der produktivität aller menschen von allen fesseln. die produkte können sein brot, lampen, hüte, musikstücke, schachzüge, wässerung, teint, charakter, spiele usw. usw.«<sup>16</sup>

16 Bertolt Brecht: Arbeitsjournal 1938-1955, Berlin und Weimar 1977, S. 156.